



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Stenographisches Protokoll



26. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XXIII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 6. Juni 2007

Stenographisches Protokoll

26. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XXIII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 6. Juni 2007

Dauer der Sitzung

Mittwoch, 6. Juni 2007: 19.52 – 19.54 Uhr

Inhalt

Personalien

Verhinderung 2

Ausschüsse

Zuweisungen 2

Auslieferungsbegehren

gegen den Abgeordneten **Dr. Peter Pilz** 2

Eingebracht wurden

Bürgerinitiative 2

Bürgerinitiative betreffend „4 Jahre sind genug! Stopp dem Demokratieabbau!“
(Ordnungsnummer 11)

Regierungsvorlage 2

144: Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 – UWG geändert wird (UWG-Novelle 2007)

Anfrage der Abgeordneten

Zurückgezogen wurde die Anfrage der Abgeordneten

Gerhard Reheis, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend Ausbau von Verkehrsbeeinflussungsanlagen (887/J)
(Zu 887/J)

Anfragebeantwortung

des Obmannes des Rechnungshofausschusses auf die Anfrage der Abgeordneten **Hermann Gahr**, Kolleginnen und Kollegen (7/ABPR zu 7/JPR)

Beginn der Sitzung: 19.52 Uhr

Vorsitzende: Präsidentin Mag. Barbara **Prammer**.

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Die Sitzung ist **eröffnet**.

Als **verhindert** gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Rasinger.

Einlauf und Zuweisungen

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Hinsichtlich der eingelangten Verhandlungsgegenstände und deren Zuweisungen verweise ich gemäß § 23 Abs. 4 der Geschäftsordnung auf die im Sitzungssaal verteilte Mitteilung.

Die schriftliche Mitteilung hat folgenden Wortlaut:

A) Eingelangte Verhandlungsgegenstände:

1. Schriftliche Anfragen: Zurückziehung: 887/J;

2. Anfragebeantwortung (Obmann des Rechnungshofausschusses): 7/ABPR;

3. Regierungsvorlage:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 – UWG geändert wird (UWG-Novelle 2007) (144 d.B.).

B) Zuweisungen:

1. Zuweisungen seit der letzten Sitzung gemäß §§ 32a Abs. 4, 80 Abs. 1, 100 Abs. 4, 100b Abs. 1 und 100c Abs. 1:

Immunitätsausschuss:

Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Wien (095 Hv 50/07 d) um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Peter Pilz wegen des Verdachtes einer strafbaren Handlung nach § 111 Abs. 1 und 2 sowie § 115 Abs. 1 StGB;

Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen:

Bürgerinitiative Nr. 11 betreffend „4 Jahre sind genug! Stopp dem Demokratieabbau!“;

2. Zuweisungen in dieser Sitzung:

zur Vorberatung:

Ausschuss für Arbeit und Soziales:

Antrag 241/A der Abgeordneten Dietmar Keck, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz und das Bauern-Sozialversicherungsgesetz geändert werden,

Antrag 246/A der Abgeordneten Karl Öllinger, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundespflegegeldgesetz geändert wird,

Antrag 247/A(E) der Abgeordneten Heinz-Christian Strache, Kolleginnen und Kollegen betreffend Erstellung einer Studie über die ökonomischen und sozialen Auswirkungen

Präsidentin Mag. Barbara Prammer

von Zuwanderung nach Österreich und die damit verbundenen Auswirkungen auf den Sozialstaat,

Antrag 253/A der Abgeordneten Renate Csörgits, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundespflegegeldgesetz, das Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2007 (Bundesfinanzgesetz 2007) und das Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2008 (Bundesfinanzgesetz 2008) geändert werden;

Familienausschuss:

Antrag 242/A(E) der Abgeordneten Ursula Haubner, Kolleginnen und Kollegen betreffend Maßnahmenpaket zur Beseitigung bestehender Mängel in der staatlichen Sorge um das Kindeswohl,

Antrag 243/A(E) der Abgeordneten Ursula Haubner, Kolleginnen und Kollegen betreffend Maßnahmenpaket zur Bekämpfung des "Komatrinkens" bei Jugendlichen;

Finanzausschuss:

Antrag 244/A(E) der Abgeordneten Ing. Norbert Hofer, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Abstimmung im Rat Wirtschaft und Finanzen über den Beitritt der Tschechischen Republik zur Euro-Zone,

Antrag 251/A der Abgeordneten Dkfm. Dr. Günter Stummvoll, Kai Jan Krainer, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Ausfuhrförderungsgesetz 1981 geändert wird,

Antrag 252/A der Abgeordneten Dkfm. Dr. Günter Stummvoll, Kai Jan Krainer, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Ausfuhrfinanzierungsgesetz 1981 geändert wird;

Gesundheitsausschuss:

Antrag 250/A(E) der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Pirklhuber, Kolleginnen und Kollegen betreffend Risiko- und Sicherheitsforschung im Bereich der Agro-Gentechnik;

Ausschuss für innere Angelegenheiten:

Antrag 245/A(E) der Abgeordneten Heinz-Christian Strache, Kolleginnen und Kollegen betreffend Erstellung eines jährlichen österreichischen Islamisierungsberichtes,

Antrag 256/A(E) der Abgeordneten Dr. Gerhard Kurzmann, Kolleginnen und Kollegen betreffend fremdsprachiger Ortsbezeichnungen ehemals deutscher Städte in Dokumenten der Republik Österreich;

Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft:

Antrag 249/A(E) der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Pirklhuber, Kolleginnen und Kollegen betreffend Risiko- und Sicherheitsforschung im Bereich der Agro-Gentechnik;

Ausschuss für Menschenrechte:

Antrag 240/A(E) der Abgeordneten Dr. Gerhard Kurzmann, Kolleginnen und Kollegen betreffend Abschaffung der Benes-Dekrete in der Republik Tschechien;

Umweltausschuss:

Antrag 254/A(E) der Abgeordneten Ing. Norbert Hofer, Kolleginnen und Kollegen betreffend Novellierung des Ökostromgesetzes;

Verfassungsausschuss:

Antrag 248/A(E) der Abgeordneten Heinz-Christian Strache, Kolleginnen und Kollegen betreffend Verbot des Bauens von Minaretten sowie die Verpflichtung für nicht abend-

Präsidentin Mag. Barbara Prammer

ländischer Religionen zur Verwendung der deutschen Sprache bei der Abhaltung von Gottesdiensten und Predigten,

Antrag 255/A der Abgeordneten Otto Pendl, Fritz Neugebauer, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, die Reisegebührenvorschrift 1955, das Väter-Karenzgesetz, das Ausschreibungsgesetz 1989, das Bezügegesetz, das Bundes-Personalvertretungsgesetz, das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz, das Land- und Forstarbeiter-Dienstrechtsgesetz, das Bundes-Bedienstetenschutzgesetz, das Richterdienstgesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetz, das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Pensionsgesetz 1965, das Bundestheaterpensionsgesetz, das Bundesbahn-Pensionsgesetz, das Mutterschutzgesetz 1979, das Bundesbediensteten-Sozialplangesetz, das Auslandszulagen- und -hilfeleistungsgesetz und das Staatsanwaltschaftsgesetz geändert werden (Dienstrechts-Novelle 2007).

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Zudem **weise** ich den Antrag 257/A(E) der Abgeordneten Josef Bucher, Mag. Melitta Trunk, Dr. Gabriela Moser, Mag. Gerald Hauser, Kolleginnen und Kollegen betreffend notwendige Erhöhung des Budgets der Österreich Werbung sowie den Antrag 258/A(E) der Abgeordneten Bucher, Mag. Trunk, Dr. Moser, Mag. Hauser, Kolleginnen und Kollegen betreffend Masterplan Tourismus dem Tourismusausschuss **zu**.

Die **nächste** Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 4. Juli 2007, 9 Uhr, in Aussicht genommen ist, wird auf schriftlichem Weg einberufen werden.

Diese Sitzung ist **geschlossen**.

Schluss der Sitzung: 19.54 Uhr